

»Rettet die Bürgerpost« – ist das eine gewerkschaftliche Zielsetzung?

» Dreiteilung der Post

Die geplante Zerschlagung der Post in drei unabhängige Unternehmensbereiche, wobei vor allem der Fernmeldebereich sich wie ein normales kapitalistisches Unternehmen am Markt bewegen soll, bedeutet einen grundsätzlichen Umbruch in der politischen Rolle der Post.

Als mit der Erfindung der Telegrafie die Bedeutung von Post- und Fernmeldewesen als das zentrale »Nervensystem« der aufstrebenden kapitalistischen Produktionsweise erkannt wurde, wurden in Deutschland und überall in Europa die einheitlichen staatlichen Post- und Fernmeldeverwaltungen geschaffen.

Die Post hatte seitdem den politischen Auftrag, die flächendeckende Versorgung der Wirtschaft, des Staatsapparates und der Bevölkerung mit Post- und Fernmeldedienstleistungen sicherzustellen. Je nach politischer Situation wurde zwar die Gewichtung dieser drei Postnutzer unterschiedlich gesehen, aber an dem politischen Auftrag in seiner Gänze hat sich seit dem letzten Jahrhundert nichts geändert. Geändert hat sich auch nichts an dem Umstand, daß die Post als staatliche Verwaltung immer vorzüglich im Stande war, diesen politischen Auftrag zu erfüllen. Vor allem ab dem Zeitpunkt, ab dem die Geschäftsführung der Post über die Schaffung des Postverwaltungsrates weitgehend entpolitisiert und unter direkte Kontrolle des deutschen Kapitals gestellt wurde.

Das Staatsmonopol im Post- und Fernmeldewesen ist also seit mehr als einem Jahrhundert der Garant dafür, daß alle Wirtschaftszweige und alle Unternehmen zu gleichen Bedingungen, also wettbewerbsneutral an diesen Nervensträngen hängen. Diese Bedingungen waren zudem noch äußerst günstig, weil es schon immer so war, daß die Massendienste, also die Dienste, die von der Masse der Bevölkerung in Anspruch genommen wurden, die Spezialdienste für die großen Unternehmer finanzierten. So wie vor hundert Jahren die Defizite des Telefondienstes aus dem Briefporto ausgeglichen wurden, werden heute beispielsweise die Datendienste aus dem Telefondienst subventioniert. Was natürlich von den Unternehmern nicht hingenommen werden kann, ist, daß ein Massendienst den anderen subventioniert, also der Telefondienst den Paketdienst.

Was nicht nur deswegen kommen soll, ist eine Abkehr vom Prinzip der »Versorgung« der verschiedenen Nutzergruppen mit Dienstleistungen hin zu einem Handel mit Dienstleistungen. Der für Handel erforderliche Markt soll durch Zerschlagung des Postmonopols geschaffen werden.

»Englische Zustände« — modifiziert

In der BRD wird dabei aber ein anderer Weg beschritten als beispielsweise in Großbritannien:

— In der BRD wird das Monopol zur Errichtung und zum Betrieb von Übertragungswegen bei der Post belassen. Dies aber als »Erhalt des Netzmonopols« zu bezeichnen ist falsch. Ein Fernmeldenetz besteht aus »Kanten« und »Knoten«, also aus Übertragungswegen (z. B. Kabeln) und Verbindungselementen (z. B. Vermittlungsstellen). Bei der Telekom soll aber nur das Monopol der Leitungsnetze bleiben. Private können sich also mit Mietleitungen und eigenen Vermittlungsrechnern eigene Netze aufbauen.

— In der BRD behält die Post das Monopol am einfachen Telefondienst.

— Die Post wird nicht an der Börse verkauft, sondern bleibt, zumindest mittelfristig, ein staatseigener Konzern, der in 3 Einzelunternehmen aufgeteilt wird. Damit wird nämlich auf dem Hintergrund der bundesrepublikanischen Bedingungen

von Politik und Ökonomie viel sicherer erreicht, was die Unternehmer von der Post wollen:

1.) Das Netz ist ein Produktionsmittel, eine Maschine zur Herstellung von Dienstleistungen, wie ein Webstuhl ein Produktionsmittel zur Herstellung von Stoffen ist. Das Netz ist also erst einmal ein Kostenfaktor. Das unternehmerische Gesamtinteresse fordert den Ausbau von ISDN, um die Infrastruktur für den nächsten großen Rationalisierungsschub (Vernetzung der automatisierten Fabriken und Büros) zu schaffen. Das heißt, daß für den künftigen Ausbau des Netzes, seine Umstellung auf ISDN, ein ungeheurer Kapitalbedarf erforderlich ist. Nach kapitalistischer Logik ist es absolut widersinnig, einen Kostenfaktor mit ungeheurem Kapitalbedarf zu privatisieren. So etwas läßt man besser die öffentliche Hand besorgen.

2.) Wenn der erforderliche Ausbau des Netzes nicht aus dem Steueraufkommen finanziert werden soll, muß die Post in die Lage versetzt werden, dies weitgehend aus eigener Kraft und über Anleihen realisieren zu können. Die Post muß eine sichere Einnahmequelle aus einem Massendienst behalten. Aus einem Massendienst deswegen, weil damit die Investitionen von der Masse der Kunden, also den Arbeitnehmern finanziert werden. Also läßt man der Post das Monopol am reinen Telefondienst. Dabei ist es im Sinne des Kapitals sehr praktisch, daß dieses Monopol, der reine Telefondienst, nach flächendeckender Einführung des ISDN von ganz alleine aufhört zu existieren.

Rationalisierung — Dezentralisierung — Privatisierung

Als zweite Geldquelle werden der Post die Voraussetzungen für innerbetriebliche Kostensenkung geschaffen:

— Durch die Trennung in 3 Unternehmen wird der Fernmeldebereich von dem »Ballast« der traditionellen Postdienste befreit.

— Durch die Abkehr vom öffentlichen Versorgungsprinzip hin zum privatrechtlichen Prinzip des Handelns mit Dienstleistungen wird die Telekom in die Lage versetzt, differenzierte kundenspezifische Angebote zu differenzierten Preisen zu machen.

— Durch die Einführung privatwirtschaftlicher Kalkulations- und Kostenrechnungsmethoden (DELKOS) werden Rationalisierungsentscheidungen dezentralisiert. Dezentral erzielte Rationalisierungserfolge können dann als zentrale Vorgabe wieder verallgemeinert werden. Dies wird ein ungeheures Anziehen der Leistungsschraube bedeuten. Ob bei dem dann erzielbaren Umfang der Arbeitsplatzvernichtung Massenentlastungen zu vermeiden sind, ist stark zu bezweifeln.

3.) Trotz Beibehaltung des Monopols an den Übertragungswegen und am einfachen Telefondienst werden den Unternehmern aber immer noch genug profitträchtige Investitionsmöglichkeiten geboten:

— Sie können eigene Dienstleistungen produzieren, dazu erforderliche Spezialnetze sich aus Mietleitungen und eigenen Vermittlungsanlagen (Rechnern) selbst aufbauen.

— Auch der Mittelstand kommt nicht zu kurz. Durch die Freigabe des Endstellengeschäfts auch beim einfachen Telefon wird unter anderem der Entstörungsdienst in seiner heutigen Form aufgegeben werden müssen, weil er ersetzt wird durch einerseits das Wegwerftelefon und andererseits durch private Instandsetzung, wie sie heute schon bei Nebenstellenanlagen existiert.

Zusammengefaßt ist also das Vorhaben »Neustrukturierung der DBP« gleichermaßen ein Rationalisierungs-, ein Dezentralisierungs- und ein Privatisierungskonzept.

DPG — hilflos

Dabei kommt aus gewerkschaftlicher Sicht der Dezentralisierung besondere Bedeutung zu. Unsere Organisation ist genauso zentralistisch strukturiert wie die DBP selbst:

Zwischen Ministerium und Hauptvorstand werden zentral auf oberster Ebene die Arbeitsbedingungen der Postler verbindlich ausgehandelt. Die Personalräte vor Ort überwachen die Einhaltung der zentral ausgehandelten Regelungen. Dezentrale gewerkschaftliche Kämpfe hat es deswegen bei der DPG nie gegeben. Demzufolge ist die örtliche Ebene in der Gewerkschaftsorganisation schwach, weil nie gefordert. Vor Ort findet eine **gewerkschaftliche** Auseinandersetzung mit dem Unternehmer Post nicht statt, diese Auseinandersetzungen werden von den Personalräten rein juristisch geführt.

Wenn jetzt also Entscheidungen z.B. über Rationalisierungsmaßnahmen dezentralisiert werden, steht dem unsere Organisation erst einmal ziemlich hilflos gegenüber. Bis die Strukturen der DPG über Satzungsänderungen, Organisationsänderungen usw. den neuen Verhältnissen angepaßt sind, vergeht vermutlich viel mehr Zeit, als für die Veränderungen auf Unternehmensseite gebraucht wird. Und darin liegt eine große Gefahr.

Wir kritisieren deshalb an der vom Hauptvorstand organisierten Kampagne »Sichert ... Rettet«, daß die sich allein auf den Privatisierungsaspekt bezieht. Der Kampf um die »Bürgerpost« ist ein Scheingefecht, weil es die »Bürgerpost« eigentlich nie gab. Die Post war immer schon eine Unternehmerpost, wenn auch eine mit sozialpolitischen Randerscheinungen.

Die Hauptsache für uns Postler/innen ist doch, daß unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen entscheidend verändert werden:

— Neue Unternehmensformen ziehen neue Tarifverträge zwangsläufig nach sich. Und diese müssen unter erschwerten Bedingungen ausgehandelt werden.

— Arbeitsplatzvernichtung von nie erlebtem Ausmaß kommt auf uns zu.

— Unsere Organisation ist in Gefahr, ausgehebelt zu werden, damit das Ansehen in der Mitgliedschaft und damit die Möglichkeit, noch irgendeine Forderung durchsetzen zu können, zu verlieren.

Wir müssen die uns noch verbleibende Zeit nutzen, die tatsächlichen Probleme der Umstrukturierung darzustellen und in den Ämtern zu diskutieren. Wir müssen weg vom Nebenschauplatz Bürgerpost und hin auf den Hauptkampfpfad einer Gewerkschaft, nämlich den um die Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder.

Als Begründung für die Kampagne um die Bürgerpost wird die Notwendigkeit des »Bürgers« als Bündnispartner beschworen. Wann aber war jemals ein »Bürger« Bündnispartner von Gewerkschaften? Es ist richtig, daß die Bevölkerung von uns über unseren Kampf und seine Ziele aufgeklärt werden muß und in der Masse nicht gegen uns sein darf. Aber ein Bündnispartner von Arbeitnehmern in der Auseinandersetzung mit dem Unternehmer können nur andere Kolleginnen und Kollegen sein. Wenn die These richtig ist, daß die Umstrukturierung der Post auch erfolgen soll, um die ungeheuren Investitionen für ISDN realisieren zu können, und ISDN im unternehmerischen Gesamtinteresse als die neue, große Rationalisierungschance in allen Branchen anzusehen ist, ist die Frage nach dem Bündnispartner eigentlich schon beantwortet.

Auch hier sind Aktivitäten und Aufklärung in Richtung der anderen DGB-Gewerkschaften, aber auch direkt an Belegschaften anderer Branchen gefordert. Oder wollen wir das gar nicht, weil wir ISDN wollen, so wie die IGM-Betriebsräte die Briefverteilanlagen?¹ <<

¹ Als vor Jahren immer mehr automatische Briefverteilanlagen eingeführt wurden, versuchte die Postgewerkschaft, die Einführung »sozialverträglich« durch Verhandlungen mit dem sozialdemokratischen Postminister Gscheidle zu verlangsamen. Dagegen machten IGM und die Betriebsräte der Herstellerfirmen Front, mit der Begründung, daß ihre Arbeitsplätze von dem Bau dieser Anlagen abhängen, während bei der Post ja nach dem Rationalisierungsschutzabkommen niemand entlassen würde.

Die hier erhobene Kritik an der Taktik des Hauptvorstandes der DPG wird inzwischen immer lauter. Immer weniger aktive Mitglieder sind bereit, diese Bündnispolitik ihres Hauptvorstandes zu unterstützen. Nicht, daß sie sie grundsätzlich für falsch hielten, kritisiert wird, daß dies als einzig mögliche Form des Widerstandes gegen die Postreform dargestellt wird.

Dennoch beteiligten sich 57.000 PostlerInnen am Buß- und Betttag 1988 an einer Großkundgebung in Bonn. Dies ist kein Widerspruch. Die 500.000 PostlerInnen verspüren nämlich jetzt schon am eigenen Leibe, was ihnen die Postreform bringen wird:

— Verstärkte Verfolgung Kranker in Form von »Mitarbeitergesprächen«, Frühverrentung bzw. -pensionierung bis hin zur Entlassung Minderleistungsfähiger

— Kassieren der Wochenarbeitszeitverkürzung durch Kürzung der Bemessungswerte (Vorgabezeiten)

— Zunahme der ungeschützten Arbeitsverhältnisse wie stunden- oder tageweise befristete Arbeitsverträge, Teilzeitarbeit unterhalb der Versicherungsgrenze. In einzelnen Belegschaften gehören schon 20% des Personalsollbestandes zu diesen »Abrufkräften«. Also auch im öffentlichen Dienst werden Kern- und Randbelegschaften gebildet.

— Zentrale Schutz- und Arbeitsvorschriften, die, in der Regel zwischen Hauptvorstand der DPG und Postministerium vereinbart, in ministeriellen Erlassen festgelegt sind, werden aufgehoben. Dies geschieht in der Form, daß den örtlichen Dienststellenleitern freigestellt wird, ob sie sich an solche Vorschriften halten wollen oder nicht. Allein diese Maßnahme kostete nach unserer Kenntnis schon knapp 10.000 Arbeitsplätze allein im Jahr 1988.

Kein Wunder, daß die PostkollegInnen da stinksauer sind und sich in solcher Zahl an der Kundgebung beteiligten. Daß diese Kundgebung noch irgend einen Einfluß auf das Gesetzgebungsverfahren haben könnte, glaubte wohl nur eine Minderheit der Teilnehmer. »Die machen doch, was sie wollen, aber wir müssen wenigstens zeigen, daß wir dagegen sind.« Die Forderung nach Streik wird immer häufiger erhoben. Sie wird vom Hauptvorstand der DPG abgewehrt mit dem Argument, dies wäre ein »politischer« Streik gegen den Gesetzgeber, das Parlament, und damit würde die DPG sich außerhalb der demokratischen Grundordnung stellen. Zur Zeit gibt es zunehmend Diskussionen in Funktionärskreisen, Einzelaspekte der Postreform zu tariffähigen Forderungen zu machen und diese dann mit einem Arbeitskampf durchzusetzen. Die Stimmung wäre dafür unter Umständen da.

Es wäre denkbar, beispielsweise die Festlegung von Besetzungsregeln, Nebenzeiten, Fortbildungsansprüchen, wöchentliche Mindestbeschäftigungszeiten und vieles mehr in Tarifverträgen zu fassen und die Verhandlungsbereitschaft des Ministeriums dazu mit einem Streik zu erzwingen. Diese ganzen Regelungen sind nämlich bisher alle in jederzeit aufhebbaren einseitigen Erlassen des Ministeriums festgelegt. Jetzt schon werden immer mehr dieser Regelungen aufgehoben oder deren Einhaltung in das Ermessen der Amtsvorsteher gestellt, mit der Folge, daß der Arbeitsdruck ständig steigt. Dagegen zu kämpfen wird von immer mehr der Betroffenen gefordert. Von daher sind die Bedingungen da, die es der Gewerkschaftsführung ermöglichen würden, sofort eine breite Mobilisierung auf einen Arbeitskampf hin zu beginnen. Die Gewerkschaftsführung dazu zu bringen, sehen viele haupt- und ehrenamtliche Funktionäre als ihre Aufgabe an. Dabei sind sie zu unterstützen.

Wir fordern alle klassenbewußten KollegInnen in allen Gewerkschaften auf, sich mit der Situation unserer PostkollegInnen auseinanderzusetzen. Ladet Euch KollegInnen aus Postbetrieben ein und laßt Euch über die Arbeitsbedingungen bei der Post informieren. Unterstützt solidarisch die Auseinandersetzungen der PostlerInnen mit der Bundesregierung. Sollte es tatsächlich zu Arbeitskämpfen kommen, macht Euren KollegInnen deutlich, daß es sich hier nicht um faule Beamte handelt. Hier spielen sich Klassenausausschreitungen ab, die die Solidarität aller fordern. Dez. '88 ■